

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Freitag und Samstag... Der Verlagspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus...

Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragen... Redaktion: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 III.



Die

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 7. Februar 1919

Nummer 67

Die Eröffnung der Nationalversammlung.

Gloden und Kanonen.

Nicht das harmonische Glockengeläute der Kirchen in Weimar, die die Nationalversammlung einläuten, klingt und in die Ohren. Wir hören noch den Donner der Kanonen, das Knattern der Maschinengewehre und das Bischen der Flammenwerfer, die in Bremen ihr Werk verrichtet haben.

Deshalb ist der Tag, an dem zum ersten Male eine Vertretung des deutschen Volkes zusammentritt, für uns kein Anlaß, Jubel hymnen anzustimmen. Der Tag erinnert uns nur daran, wieviel versäumt und verdorben worden ist von einer Politik, die die Macht, die das Proletariat am 9. November erobert hatte, nicht zu wahren gewußt, sondern nur dazu geführt hat, sie zu verringern und nunmehr vor dem letzten Schritte sieht, die Macht der Arbeiterklasse einer Regierung auszuliefern, in der die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Herren sind.

Das Erbitternde ist, daß es nicht so hätte kommen müssen. Eine energische, zielklare sozialistische Politik seit dem 9. November hätte das Proletariat längst aus der unheiligen Spaltung zur Einigkeit geführt und das geeinte Proletariat hätte bei der sozialen Zusammensetzung Deutschlands über die Majorität in der Nationalversammlung verfügt. Unendlich leichter wäre dann sein Weg geworden.

Die rechtssozialistische Führung hat sich mit der unfähigen, großen Schuld beladen, eine entgegengekehrte Politik zu treiben. Sie hat das Proletariat geschwächt und die Träger des alten Systems wieder in Machtpositionen eingesetzt. Sie zieht nur die parlamentarischen Konsequenzen aus ihrer Politik, wenn sie jetzt die Vertreter der Bürgerlichen in die Regierung beruft.

Die Mitwirkung der Demokraten ist beinahe gesichert, der Eintritt von Zentrumsleuten sehr wahrscheinlich. In dem künftigen Kabinett sollen neben 7 Mehrheitssozialisten 4 Demokraten und 4 Zentrumsmitglieder sitzen. Die alte Reichstagsmajorität, die während des Krieges so nützliche Arbeit getan, ist im wesentlichen wieder da.

Soll man da im Ernst noch über das Angebot an die Unabhängige Sozialdemokratie sprechen, in die Regierung einzutreten? Unsere Fraktion hat den Mehrheitssozialisten folgende Antwort gegeben:

„Auf Ihr Schreiben vom 5. Februar erwidern wir folgendes: Für die Fraktion der U. S. D. kommt der Eintritt in die Regierung solange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewalt Herrschaft beseitigt ist, und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Erzeugnisse der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militäraristokratie sicher zu stellen.“

Die Antwort ist schlagend und ihr braucht kaum noch etwas hinzugefügt werden. Nicht um Lippendienst für den Sozialismus handelt es sich, sondern um die Taten der Regierung. Und die sind nicht Taten für den Sozialismus und die Arbeiterklasse, sondern der schwerste Frevel am sozialistischen Geist gewesen.

Rein, nicht unter dem Zeichen der Harmonie steht die Nationalversammlung, sondern schwere Klassenkämpfe künden sich an.

Zum Kampf rufen die reaktionären Organe. Als Mittel zur Aufrüttelung des gesamten Bürgertums will die „Deutsche Tageszeitung“ die Nationalversammlung benutzen. Die Bourgeoisie muß begreifen, daß, wenn sie nicht in der neuen Phase der Revolution unterliegen will, der Bürger täglich und stündlich bereit sein muß, die Flinten zu schüttern. Die Schonzeit sei vorüber, die Organisation der Gegenwehr, in der die bürgerlichen Elemente in dem Maße an die Stelle der Sozialdemokraten treten müssen, wie diese zum Radikalismus abrutschen, müsse mit allem Nachdruck unternommen werden.

Und wer wollte angesichts der Beamtenstreiks, der Organisation und Werbung der freiwilligen Korps die Augen davor verschließen, daß die Organisation der Konterrevolution nicht erst, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, unternommen werden braucht, sondern bereits in vollem Gange ist.

Auf der anderen Seite wächst die Einsicht der Arbeiterklasse in die Gefahren der Situation und die

Notwendigkeit ihrer Ueberwindung. In Samburg fanden am Mittwoch acht Rieserversammlungen aller sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftskartells statt, in der die Regierung Ebert-Scheidemann nicht mehr als sozialistische Regierung anerkannt und zum Rücktritt aufgefordert wurde. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Uebereinstimmung mit den hinzugezogenen Vertretern sämtlicher drei Parteirichtungen und der beiden sozialistischen Revolutionen sowie des Gewerkschaftskartells von Hamburg erklart in der Einsetzung der Division Gerstenberg nach Bremen die Anwerbung von Mitteln des alten militaristischen Systems. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß damit die Reaktion gefördert und die Erzeugnisse der Revolution in Frage gestellt werden, erklären die Vertreter sämtlicher Organisationen einmütig, daß sie der Bremer Arbeiterkraft bei der Bekämpfung dieses militaristischen Systems jeden Beistand leisten.

In Eisen haben sich die sozialdemokratischen Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft auf Grund des Erfurter Programms geeinigt und Maßnahmen beschlossen gegen ein aepolltames Eingreifen der Regierung. Und aus vielen anderen Orten kommen die Berichte, daß die Arbeiterklasse einsteht, so geht es nicht weiter. Sie will ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, sie will auf dem Boden wahrhaft sozialistischer Politik die Einigung erreichen, sie will nicht durch Zerstückelung ihrer Macht die Bourgeoisie wieder zur Herrin werden lassen.

Deshalb hört die Arbeiterklasse nicht auf die Harmonie der Gloden, sondern auf das dumpfe Getöse der Kanonen. Neue schwere Massenkämpfe kündigen sich an. Die Nationalversammlung mag auf oder schlicht die Form der Verfassung geben, ihren Inhalt wird der Ausgang dieser Klassenkämpfe bestimmen.

Abtritt von dem politischen Leben und beschirmt von in Waffen starrenden Menschen ist gestern die Nationalversammlung in Weimar zusammengetreten. Genau wie früher unter dem alten Regime spielt das Aeußerliche auch jetzt eine große Rolle. Die ganze bürgerliche Presse ist aufgeboten, um die Flucht nach Weimar, die selbst ein erheblicher Teil der Bürgerlichen als lächerlich empfindet, in eine heroische Tat umzuwandeln. Daß selbst der Gottesdienst bei der Einleitung der Verhandlungen nicht fehlt, zeigt, daß vieles geblieben ist, wie es auch vor der Revolution war. Von den vielen bezeichnenden Berichten über den äußeren Verlauf der Nationalversammlung geben wir die folgende Stelle aus einem von Wolff verbreiteten Bericht wieder.

Weimar, 6. Februar. Weimar prangt heute zu Ehren der bevorstehenden Eröffnung der Nationalversammlung in vollem Flaggenschmuck. Der festliche Tag wurde durch Gottesdienst in der katholischen und protestantischen Kirche eingeleitet.

Deutsche Nationalversammlung.

Eröffnung im Nationaltheater zu Weimar am Donnerstag den 6. Februar 1919.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt, sämtliche Zuhörerräume sind überfüllt.

Pünktlich um 3 1/4 Uhr nachmittags eröffnet der Volksbeauftragte

Ebert

die Versammlung mit folgender Ansprache: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Male gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution, sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beifall.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewalt Herrschaft. (Beifall rechts.) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Geschmähigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Verfassung und Verfassunggebung lassen sich die unauflösbaren Verbindungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich und

keine Wirtschaftslage zugrunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den

Höchsten und einzigen Souverän in Deutschland

(Beifall.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, Bischen rechts, wiederholter starker Beifall links. Ruf rechts: A. Swarten!) Wir bewahren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Wahrheit hat, so gewiß sind die alten Gott gegebenen Wahngelassen für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. (Zuruf bei den U. S. D.: Mit Koste!) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutstumpf des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Rufe rechts: Echo! Rufe links: Nein, niemals!) Keine Herren und Damen! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Reg von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (Zuruf: Ludendorff hat es gemacht!) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verlorene Politik der alten Gewalt und der Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall bei den S. D. Widerspruch rechts.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere

Schwere Lebensmittelnot.

(Sehr wahr! Widerspruch und Zuruf: Soldatenräte!) Die Tatsache, daß wir durch die Hungerplage viele Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern und Greisen zum Opfer gefallen sind, läßt die Lebensart, daß wir ohne die Revolution mit unseren Lebensmitteln ausgerüstet hätten, Niederlage und Lebensmittelnot haben und den gegnerischen Wünschen ausgeliefert. Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefäß der Erschöpfung bei unseren Feinden entspringt ihr Bestreben, sich schloß zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswert hineingetragen. Diese Raub- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. (Lebhafter allseitige Zustimmung.) Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnslaven anderer Länder gemacht werden. (Erneuter lebhafter Beifall und Zustimmung.) Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Hand in Hand gehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angesichts des Massenlebens der Völker, angesichts des Massenlebens auf allen Seiten erscheint die

Schulfrage

beinahe kein Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen küssen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges. (Sehr wahrer früherer Unruhe.) (Sehr wahr! bei den S. D.) Deshalb haben, nach ihren eigenen Zeugnissen, unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um „den Militarismus zu zerstören“. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr erheben. (Zuruf bei den U. S. D.: Sie richten ihn wieder auf!) Für „Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden“ haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die

Waffenstillstandsbedingungen

aber sind bisher unerhört schonungslos durchgeführt worden. (Sehr wahr) ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden (Phutrufe), die Deutschen werden aus dem Lande getrieben (Erneute Phutrufe), um ihr Recht wieder sequenziert. Das besetzte lutschetnische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen (Zuruf bei den U. S. D.: Weimar wird auch abgedrängt!). Die Behimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer ausgenutzt, gesucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Verfallung des deutschen Volkes. Während wir längst außerhande sind den Waffnung zu erneuern, werden unsere 800 000 Kriegsgefangenen noch

immer zurückgehalten und sind vom seelischen Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aus schwerer bedrückt. (Zukunft. Rufe auf der äußersten Linken: Wir halten ja die Russen auch noch!). Aus diesem Akt der Gewaltlosigkeit spricht kein Geist der Verantwortlichkeit. (Zustimmung.) Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik aufzuerlegend verhängt, obwohl wir alle Kräfte einsehen, den und auferlegten schwersten Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir warnen die Gegner, und nicht zum Äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt konnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neu-gestaltung der Welt zuzuschreiben. (Zustimmung.) Man stelle und nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhängnis und Schmach. Auch eine sozialistische Vollsregierung und gerade diese muß daran festhalten.

Lieber ärgere Entbehrung als Entehrung!

(Lebhafte Zustimmung.) Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren befürchten, auch noch diejenigen kämen, die glauben, Deutschland hat nichts zu verlieren, dann wird sich unweigerlich die Kluft der Verzweiflung durchschlagen. Im Vertrauen auf die Grundzüge des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Gebt man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben. (Zustimmung.) Unsere freie Vollsrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nicht anderes als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geschicte Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuführen. Indem wir dienen dem Sozialismus, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes erhebt, dem Sozialismus der werdenden Welt. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gleichberechtigung widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu verhindern, was sich trotzdem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft, es kann es jetzt nach außen nicht preisgeben. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. (Zustimmung.) Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November v. J. sich als Teil der großdeutschen Republik erklärt. (Zustimmung.) Jetzt hat die deutschösterreichische Nationalversammlung erneut unter bühmischer Begeisterung und ihrem Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen wird, das Land, das die Bewalt 1866 gerissen hat, wieder zu knüpfen. (Zustimmung.) Deutschösterreich müsse mit dem Mutterlande für alle Zeit vereinigt werden. (Zustimmung.) Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung ausdrücklich und voll Freude begrüße und sie mit herzlichster Brüderlichkeit erwidere. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. (Zustimmung.) Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen. (Zustimmung.) Ich darf auch die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung der künftigen Reichsregierung die Ermächtigung geben wird, baldigt mit der Regierung des deutschösterreichischen Reiches über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. (Zustimmung.) Dann soll kein Grenzstreit mehr zwischen uns stehen, dann wollen wir wirklich sein ein einzig Volk von Brüdern. (Lebhafte Zustimmung.) Deutschland darf nicht wieder dem alten Glanz der Zersplitterung und Zerrennung anheimfallen. Geschichte und Vergangenheit hemmen zwar die Bildung eines sooff zentralisierten Einheitsstaates, aber die verschiedenen Stämme und Dialekte müssen zu einer Nation und zu einer Sprache zusammenfließen. (Zustimmung.) Nur ein große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisches, aktionsfähiges, leistungsfähiges, einig Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sicherstellen. (Zustimmung.) Die provisorische Regierung hat eine sehr able Erbschaft angetreten. Wir waren die Konkursverwalter des alten Regimes (Zehr wahl links. Widerspruch rechts. Vertärkte Zustimmung links.) Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen A- und S-Mäde (S Widerspruch und Lachen rechts. — Ebert wiederholt nachdrücklich die letzten Worte. Leb. Zustimmung links) unsere Kraft eingesetzt, die Gefahr und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen (S Widerspruch rechts). Diese sozialistische Unterbrechungen (zur Rechten gewandt) lassen wohlwollig erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland in den letzten Wochen und Monaten durchgemacht hat, herzlich wenig geleistet haben (Stürmische Zustimmung links). Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entspricht, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden. Viele Unternehmer haben, veranlaßt durch die hohen, sicheren Gewinne, die ihnen die Kriegswirtschaft in dem alten monarchischen, protektionistischen Staat verschaffte, es verabsäumt, die notwendigen Initiativen zu ergreifen. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. (Zustimmung.) Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterchaft auf, alle Kräfte zur Arbeit anzuspannen, die allein uns retten kann. (Zustimmung.) Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmungen derer, die, nach übermäßiger Arbeitslast in der Kriegszeit, jetzt eine Entspannung suchen, wie wissen, wie schwer es denen, die jahrelang im Felde gelebt haben, sein muß, sich wieder in die friedliche Arbeit hineinzufinden. Aber es muß sein. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. (Zustimmung.)

Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsteilung einschließt. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Herabwürdigung. (Zehr richtig bei den Soz.) Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsausgaben die Staatswirtschaft weiter auszubauen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mühe-losen Kapitalprofit keinen Raum mehr geben. (Zehr richtig bei den Soz.) Des halb wollen wir planmäßig den Profit da ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Vergeltung reif gemacht hat. (Zustimmung links.) Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die

alten Grundtugenden der deutschen Nation, die für immer groß sein. Die preussische Hegemonie, das Hohenzollernsche Meer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an dem 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe (Zustimmung). Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gerichtete Zeit der Wilhelmischen Ära das Passafische Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggezogen sei. Jetzt muß der

Geist von Weimar,

der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen, es erfüllen mit dem Geiste, der im zweiten Teile des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren niedergelegt ist: nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht ins theoretische verlieren, nicht zaudern und nicht schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen, denn der Mensch, der zur Schwankzeit auch schwankend gestimmt ist, der vermehrt das Unheil und leidet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Stand beharrt, der bildet die Welt sich. (Zustimmung.) So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen: das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine freie Demokratie zu verankern und sie mit höherem sozialen Geist und sozialistischer Art zu erfüllen. (Zustimmung.) So wollen wir wahr machen, was Pflicht der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat. Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit aller Wesen, was Menschenanständig trägt. (Lebh. Zustimmung und Ländelassen bei der Mehrheit.)

Hieraus nimmt das ähste Mitglied der Versammlung, der sozialdemokratische Pfaffenkud, den Präsidentenstuhl ein und richtet an das Haus folgende Ansprache: Ten deutschen Volksstaat, das Ideal, dem ich seit meiner frühesten Jugend mit aller Kraft und Hingabe gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegen. Sehen Sie in mir Allen nur den Vertreter des ewig jungen Gedankens der Volkssouveränität, die durch diese Nationalversammlung in Deutschland zur Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen an einer Schicksalschwende des deutschen Volkes. Die alten Gewalten erheben den Anspruch, aus eigenem Rechte zu regieren, durch eine besondere plöbliche Verfassung. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation, sie allein hat von heute an in Deutschland zu entscheiden, sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Davon, ob die Beschlüsse dieser Versammlung allgemein anerkannt werden, hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selbst in Freiheit regieren wird. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der strebt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit. (Zust. links.) Angehender groß ist die Aufgabe, das deutsche Volk aus allen diesen Räten zu erretten. Sie alle sind die Vertreter der deutschen Zukunft. Was Deutschland wahrhaft groß gemacht hat, war stets das Werk seines Volkes selbst. (Zust. links und Widerspruch rechts.) Das deutsche Volk mußte und muß sich seine Größe selbst erarbeiten. Die ganze deutsche Nation innerlich und äußerlich der alten Reichsgrenzen bleibt erwartungsvoll auf uns. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgaben. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht durch Gewalttaten im Frieden, sondern durch die beselende Gewalt des Friedens. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlüssen stets leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk und alles durch das Volk. (Zust.)

Ich schlage Ihnen nun vor, die Geschäftsordnung des Reichstages einschließlich der in der Beschlusse enthaltenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen. (Der Vorschlag wird widerstandslos angenommen.) Nach § 1 der Geschäftsordnung ernenne ich zu provisorischen Schriftführern: die Abgeordneten Böhmer, Berlin (Soz.), Dr. Neumann-Hofer (Dkt. Dem.), Dr. Pfeiffer (Zr.) und Kalkewitz (Dkt. Dem.).

Darauf wird der Namensruf vorgenommen. Er ergibt die Anwesenheit von 397 Abgeordneten. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten usw.

Von der Wasserkrante.

In Bremen ist es am gestrigen Tage zu neuen Kämpfen nicht gekommen. Die Regierungstruppen haben nunmehr auch den Hafen besetzt, die revolutionären Arbeiter sind nordwärts abgezogen. Bremen gleicht einem offizierten Feldlager. Geschütze, Munitions- und Bagagekolonnen durchziehen die Straßen, Pioniere überqueren die Stadt. Der Straßenbahnverkehr ist völlig eingestellt worden. Der Telefonverkehr war nur für militärische Gespräche erlaubt. Die Verheerungen, die infolge der Kämpfe angerichtet worden sind, sind ziemlich bedeutend. Einzelne Straßenzüge bilden ein förmliches Chaos. Die Börse und der Dom, zwei alte Renaissancegebäude, sind stark beschädigt.

In Kiel sind bei den Zusammenstößen am Mittwoch insgesamt 8 Personen getötet und 28 verwundet worden. Der für Donnerstag proklamierte Generalkrieg kam in allen Großbetrieben zur Durchführung. Der Straßenbahnverkehr war eingestellt worden. Die Kieler Arbeiterchaft hat mit dem Streik einen gewaltigen Protest gegen die Regierung des Arbeitermords erhoben.

Der Beamtenstreik in Hamburg ist eingestellt worden. Es haben Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat stattgefunden, wobei die Differenzen geklärt wurden. Die Bewaffnung der Arbeiter wird rückgängig gemacht, Lebensmittellager sollen nicht mehr von A- und S-Rat kontrolliert werden. Die Beamten waren mit den Zugeständnissen zwar nicht ganz einverstanden, nahmen aber die Arbeit wieder auf, um durch einen längeren Streik das Wirtschaftsleben nicht zu gefährden.

Die Reaktion in Bremen.

Bremen, 6. Februar. Die neue provisorische Regierung erließ folgende Verfügung: Alle seit der Revolution auf Anweisung der Regierung (Ebert-Scheidemann) durch das Kriegsministerium erlassenen Verfügungen und Anordnungen, die von den bisherigen Machhabern nicht anerkannt wurden und deren Durchführung damit nicht vollzogen ist, treten unverzüglich in Kraft. Alle militärischen Zielen Bremen haben ohne Verzögerung alle Bestimmungen des Kriegeministeriums, die jetzt noch ihre Wälgigkeit haben.

Bei Legenheitsgefammel.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt mit: Das bisherige Ergebnis der kriegsgerichtlichen Untersuchung in den Fällen Liebnacht und Rosa Luxemburg hat im allgemeinen die erste amtliche Mitteilung nicht widerlegt. (1)

Im Falle Liebnacht ist festgestellt worden, daß es Mitglieder der Wilhelmsdorfer Bürgerwehr waren, welche die Bestrafung durchgeführt haben, und daß nicht die Division die Veranlassung dazu gegeben hatte.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß bei dem Transport Liebnacht zum Wagen ein Angehöriger des Regt. Jäg. 4. Bf. 2, namens Runge, zwei Kolbenschläge mit dem Karabiner gegen Liebnacht geführt hat. Wegen Runge ist inzwischen ein Haftbefehl erlassen worden.

Nach seiner Vernehmung ist er, wie Zeugen befunden, zu seiner Tat veranlaßt worden, weil er auf Liebnacht seine Entlassung aus der Arbeit zurückführt und ihn verantwortlich hält für die Opfer der letzten Anruhen.

Zu dem Vorgange im Tiergarten bei der Erschießung Liebnachts hat die Untersuchung nichts wesentlich Neues ergeben.

Im Falle Rosa Luxemburg hat sich über das Herausreißen ihrer Person aus dem Wagen und ihr Verschwinden nötige Aufklärung noch nicht schaffen lassen. Die Leiche der Frau Luxemburg ist trotz sorgfältigen Nachforschens im Landwehrkanal nicht gefunden worden. Ten Gerüchten, daß Frau Luxemburg noch lebe, wurde ebenfalls nachgegangen, ohne daß bisher diese Nachforschungen ein Ergebnis zeitigt hätten.

Auch Frau Luxemburg ist beim Verlassen des Hotels an der Ausgangstür von den getreten Soldaten mit dem Karabiner auf dem Kopf geschlagen worden; ein anderer Mann, anscheinend auch ein Soldat, hat sie auf der Fahrt mehrere Faustschläge verfehlt. Ueber den angeblich auf sie abgefeuerten Schuß ist weiteres noch nicht ermittelt.

Es ist in den letzten beiden Tagen in der „Rote Rahne“ eine Nachricht erschienen, welche Aussagen über das Ergebnis der Untersuchung enthält. Diese Mitteilungen können nur durch einen Vertrauensbruch in die „Rote Rahne“ gelangt sein, da die Division vorher nichts veröffentlicht hatte.

Nachdem wochenlang nichts über den Gang der Untersuchung mitgeteilt wurde, tritt die Garde-Kavallerie-Schützen-Division mit dieser gerabegut klärenden Kundgebung an die Öffentlichkeit. Für sie handelt es sich anscheinend gar nicht um die Aufklärung der Wahrheit, auf die die ganze Welt harret, es gilt sich darzutun, daß im allgemeinen die erste amtliche Mitteilung nicht widerlegt sei.

Mit dieser Behauptung werden wir uns recht bald eingehend auseinandersetzen und den Nachweis erbringen, daß die Öffentlichkeit vom ersten Tage an auf das schamlichste betrogen und betrogen worden ist. Für heute genügt die Feststellung, daß die Garde-Kavallerie-Schützen-Division sich von den Mordmördern abzurücken beginnt, indem sie die Schuld an der Verhaftung der Wilhelmsdorfer Bürgerwehr zuweist und einen der Mörder, den Soldaten Runge, preisgibt. Die Namen der eigentlichen Mörder werden auch heute noch geheim gehalten, von ihrer Verhaftung erzählt man nichts. Das die Untersuchung führende Divisionsgericht hat es nicht eilig. Es will anscheinend seine Rolle bis zu Ende spielen, um es auch dem Blinden klar zu machen, daß diejenigen, die sich gegen eine wirkliche Untersuchungskommission sträuben, die Wahrheit meucheln wollen.

Von der Berner Konferenz.

Bern, 5. Februar (Sig. Trahtbericht der „Freiheit“). Eine Einigung in der Schuldfrage ist heute Abend erfolgt. Die deutsche Mehrheit erklärte, wie man auch über ihre Politik wä, reud des Krieges denken mag, daß sie alle ihre Kraft zum Aufbau der zerrütteten Welt widmen werde und mit den Sozialisten aller Länder im Bunde den Sozialismus erkämpfen werde. Die Konferenz erkennt an, daß die Verantwortlichkeit geklärt und überläßt es einem künftigen internationalen Kongress, über die weltgeschichtliche Frage ein Urteil zu fällen. Eine dementsprechende Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Thomas-Frankreich stimmte für die Resolution.

Bern, 6. Februar. In der heutigen Morgen Sitzung der internationalen Sozialistenkonferenz teilte Gundmann mit, daß bisher 97 Delegierte aus 23 Ländern anwesend seien.

Gunderson brachte eine Entschließung der englischen Delegation ein, in der die Fortführung der Arbeit in dem Sinne verlangt wird, wie es im Interesse der Arbeiter aller Länder liege, um einen früheren Eintrag auf die Pariser Verhandlungen ausüben zu können.

Die Konferenz sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiter sich wieder in der internationalen vereinigen möchten und lehte eine Kommission ein, um die Ausführung der Konferenz zu überwachen und eine neue Konferenz einzuberufen, falls der Gang der Pariser Verhandlungen dies nötig mache. In der Diskussion wurde weiter die Völkervereinigung erörtert.

Rußlands Beteiligung an der Konferenz.

Paris, 6. Februar. (Havasmeldung.) Tschischerin hat gestern durch Junker offiziell die Vertretung der Sowjetregierung erklärt, der Einleitung der allierten Mächte zu den Verhandlungen auf den Friedenskonferenz folgen zu lassen.

Die Arbeiterkonferenz in Paris.

Paris, 6. Februar (Havas). Die Konferenz für internationale Arbeitergesetzgebung trat Dienstag Nachmittag unter dem Vorsitz von Compere zusammen und beschloß, in der Woche viermal zu tagen.

Beginn der direkten Friedensverhandlungen.

Danz, 6. Februar. Wie gemeldet wird, sprach Wilson in der Sitzung vom Montag die Zustimmung aus, daß der Beginn der direkten Friedensverhandlungen nach seiner Rückkehr nach Paris erfolgen werde. Die nächsten zwei Monate würden die leidende Menschheit von allem Elend des Krieges befreien.

Keine Einfuhr nach Deutschland.

Washington, 6. Februar. Das Kriegshandelsamt gibt bekannt, daß eine angekündigte Ausfuhr wichtiger Artikel nach Norwegen, Schweden, Dänemark und Holland gestattet wird, gegen die Wiederausfuhr dieser Artikel von dort nach feindlichen Ländern werden größte Sicherheiten verlangt.

Reichskongress der Korps-Soldatenräte.

Die Sitzung am Donnerstag wurde um 9 Uhr von dem Vorsitzenden eröffnet. Die Debatte dreht sich hauptsächlich um die Einziehung eines Reichs-Soldatenrats. Brand (10. A. A.) gibt Kenntnis von einem Telegramm der Regierung, worin ausgeführt wird, daß, falls Soldatenräte sich der Durchführung des Gesetzes widersetzen, die Kommandogewalt widerlegen oder Eszjiere in der Ausführung der ihnen durch den Gesetz überwiegenen Pflicht behindern, dadurch für militärische Kommandostellen, Verwaltungsbefehle und einzelnen Offizieren keinerlei Verantwortung gegeben sei, den Dienst einzustellen. Besörden, die sich der Verordnung der Regierung unterwerfen, aber von Soldatenräten daran gehindert werden, den Dienst auszuführen, haben sich neue Befehle von Verwaltungsstellen zu beschaffen.

Nach langer Debatte, in der wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Politik der jetzigen Regierung dem Reichsblut und darum von keinem Revolutionär und Sozialisten unterstützt werden könne, wird die Bildung eines Reichs-Soldatenrats einstimmig beschlossen. Dieser Reichs-Soldatenrat soll die höchste Instanz aller Soldatenräte Deutschlands sein. Er soll die Kommandogewalt paritätisch mit den Inhabern der Kommandogewalt bei der Regierung ausüben. Er ist das Mitbestimmungsorgan in allen militärischen Angelegenheiten des gesamten Reiches. Er hat alle Befehle und Verfügungen militärischer Natur gegenzusprechen, die erst nach seiner Zustimmung erlassen werden können. Eine wichtige Aufgabe des Reichs-Soldatenrats sei die Verknüpfung zwischen Regierung und dem Soldatenrat des Reiches wieder herzustellen und zu erhalten. Der Reichs-Soldatenrat setzt sich aus je einem Vertreter aller deutschen Armeekorps zusammen, mit Einschluß der Luftschiffer- und Fliegerkorps, der Marine und der Ostfront. Diese Vertreter wählen unter sich einen geschäftsführenden Ausschuss von 9 Kameraden, der seinen ständigen Sitz in Berlin beim Kriegsministerium hat. Ein Ausschuss, der die Reichs-Soldatenräte einen Propaganda-Ausschuss einzusetzen habe, wird dem neu gebildeten Rat überwiesen. Die Wahl des Reichs-Soldatenrats soll durch die Armeekorps erfolgen.

Einem eingegangenen Telegramm zufolge ist laut Armeeverordnungsschritt der Soldatenrat des 1. Armeekorps (Landwehr) für aufgelöst erklärt worden. Darauf berichtet Ewert (9. Armeekorps) über die

Bremer Vorgänge.

Der größte Teil seiner Darstellungen ist bereits durch die Presse der Öffentlichkeit bekannt geworden. Die Bewaffnung der Bremer Arbeiterschaft und das Vorgehen gegen die bürgerliche Presse bilde er zwar nicht; es sei aber einschlagend. Der Einmarsch in Bremen erfolgte nicht, um die Ruhe herzustellen — sie war niemals gefährdet —, sondern auf Drängen einer bürgerlichen Clique die leider von einem Teil der Reichs-Soldatenräte unterstützt wurde. Die Verhandlungen in Bremen führten bereits zu einer Einigung, so daß der Vertreter der Division Geritenberg, Weinmann von Pribelwitz, erklärte, daß seine Mission erfüllt sei. Auch Ober und Scheibemann stimmten der Einigung zu; nur Kossle erklärte, nachdem er mit einem Propaganda-Mitglied gesprochen hatte, und indem er mit der Faust auf den Tisch schlug: Die Bedingungen seien nicht erfüllt, die Division Geritenberg zieht in Bremen ein.

Rebner protestiert gegen die Behauptung Kossles in Weimar, daß es sich in Bremen um einen Kampf gegen Sozialisten handele. Er sei Reichs-Soldatenrat und die gesamte Arbeiterschaft in Hamburg, Bremen und Lübeck, die seiner Partei angehören, seien empört über das Verhalten Kossles. Auf die letzten Bemerkungen Kossles habe Kossle überhaupt nicht geantwortet. Nachdem die Division Geritenberg in Bremen einmarschiert sei, habe der Soldatenrat des 1. A. A. dem Drängen der Arbeiter Kommandos nachgegeben und sie bewaffnet. Etwa 100.000 Mann würden in kurzer Zeit unter Waffen stehen.

Das Nichtausfahren der Lebensmittelschiffe sei auf die Reeder zurückzuführen. Die Lohnforderungen der Seeleute waren berechtigt und seien auch von dem A. und S. Rat anerkannt worden. Die Reeder bewilligten sie aber nicht, da sie ein Interesse daran hätten, daß die Schiffe nicht ausfahren.

Darauf wird beschlossen, folgende

Antwort an die Regierung in Weimar

auf ihren Bescheid hin zu erteilen:

Die Verordnung vom 19. Januar 1919, betr. die Regelung der Kommandogewalt im Heere, ist auf rechtungswidriger und revolutionärsverfassungswidriger Grundlage (s. Reichskongress der A. und S. Räte) erlassen worden. Die Anwendung der erlassenen Verordnung muß daher abgelehnt werden.

Die Verordnung ist zwar technisch als Gesetz anzusehen, da die Gesetzgebungsgewalt dem Rat der Volksbeauftragten vom Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte übertragen war und der Rat der Volksbeauftragten die Verordnung als Gesetz verfaßt hat.

Material, dem Inhalte nach, ist dagegen die Verordnung ungesetzlich. Da der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ein Gesetz betr. Regelung und Ausübung der Kommandogewalt in Hamburg — 7 Hamburger Punkte — bereits endgültig festgelegt hatte, so muß dem Rat der Volksbeauftragten bezüglich dieses Gesetzes nur noch Form und Verlesung überlassen.

Mit der Verordnung vom 19. 1. 1919, die einen vom Beschluß des Reichskongresses abweichenden Inhalt eines Gesetzes über die Kommandogewalt enthält, hat der Rat der Volksbeauftragten die ihm übertragenen Gesetzgebungsbefugnisse überschritten.

Die Verordnung vom 10. Januar 1919 besteht infolgedessen nicht zu Recht und hat keine Rechtswirkung. Darüber hinaus muß festgestellt werden:

Der Rat der Volksbeauftragten war zur Legislative und zur Exekutive durch die Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Reichskongress herabgemindert worden. Der Bevollmächtigte kann niemals die Vollmacht dazu benutzen, die Nachstellung des Vollmachtgebers, die für den Bevollmächtigten die einzige Quelle, der ihr übertragene Befugnisse bildet, zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen.

Damit würde der Bevollmächtigte die Grundzüge seiner eigenen Vollmacht selbst beseitigen.

Zu der Rat der Volksbeauftragten durch die Verordnung vom 10. Januar 1919 die Autonomie, aus der Revolution hervorgegangene Rechtsstellung der Soldatenräte anzuerkennen versucht hat, so hat der Rat der Volksbeauftragten seine eigenen gesetzgeberischen Befugnisse aufgegeben.

Auch aus diesem Grunde ist die Verordnung rechtswidrig. Zum Erlaß eines Gesetzes über die Kommandogewalt (Ausführung der sieben Hamburger Punkte) muß ein neuer Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen werden.

Dem Protokoll des Zentralrats der Marine gegen die von der Regierung erfolgte Reduzierung seiner Mitglieder im Reichsmarineamt auf sechs Kameraden, wodurch der Zweck der Kontrolle illusorisch gemacht wurde, wird zugestimmt. Darauf wird in die Verhandlung über den

Grenzschutz im Osten

eingetreten. Die Referenten Bachtel und Fisch legen dar, daß ein Grenzschutz notwendig sei. Die Soldatenräte der dortigen Armeekorps hätten sich bemüht, die Grenzen zu schützen. Die Truppen, die sie zur Verfügung stellten, wurden aber nicht angenommen. Man zog Freiwilligenkorps heran, um mit diesen unter dem Vorwand des Grenzschutzes reaktionäre Geschäfte zu machen. Die Polengefahr sei nicht so groß, wie die Reaktion von rechts.

Ein Vertreter des Volksgenossenschafts von Thorn berichtet, daß seit dem 9. November noch keine Stunde Unruhe in seinem Bereich eingetreten seien, trotz der zahlreichen Warnnachrichten von drohenden Poleninvasen in Thorn, die vom Ver-

liner Kriegsministerium kamen. Nicht wandte sich noch besonders gegen die verleumdende Behauptung, die in der Presse wider die Volkswilligen betrieben werde. Er forderte eine Verständigung mit den Bolschewiken über eine Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten.

Nach kurzer Aussprache wurde folgende Resolution angenommen:

Der Kongress erkennt die Notwendigkeit, die deutschen Grenzen gegen fremdnationale Angriffe zu sichern, an. Den aus dem Armeekorps zu entlassenden Freiwilligen-Formationen muß gewährleistet werden, daß sie die selbstgewählten Führer und Soldatenräte behalten und ihrer selbstgewählten Verwendung unbedingt direkt zugelassen werden. Die Werbung und Zusammenstellung der Formationen erfolgt gemeinsam nur durch das betreffende Generalkommando und den Korps-Soldatenrat. Werbungen durch andere Elemente sind nicht zu dulden.

Auf Vorschlag der böhmischen Delegierten wurde beschlossen, den Zentralrat zu ersuchen, bis zum 30. Februar eine Reichskongress der A. und S. Räte einzuberufen. Falls er dies ablehnt, soll der Berliner Volksgenossenschaft die Kongressverwaltung übertragen. Mit einem dreistimmigen Hoch auf den revolutionären Sozialismus wurde der Kongress gegen 8 Uhr geschlossen.

Spiegelherlichkeit.

Wie berichteten vor einigen Tagen über die Verhaftung des Genossen Richard Müller, am 2. Februar, die durch das Eingreifen des Tempelhof-Arbeiterrates bereitete wurde. Auf diesen Anschlag gegen den Genossen Müller folgte ein zweiter, über den die Nachrichtenstelle des Volksgenossenschafts folgendes berichtet:

Mittwoch abend erschien derselbe als Offizier verkleidete Götzen, der die erste Verhaftung des Genossen Müller vornahm. In dessen Wohnung, verhaftete seinen 14-jährigen Sohn und brachte ihn im Auto fort. Am folgenden Morgen drang er wieder in die Wohnung Müllers ein, besetzte den Ausgang und erklärte Müller für verhaftet. Genosse Müller verlangte den schriftlichen Haftbefehl, worauf Götzen einen Ausweis der Staatsanwaltschaft vorgelegte. Es wurde ihm sofort gesagt, daß dieser Ausweis zu einer Verhaftung nicht berechtigt. Genosse Müller mochte Götzen auf das Strafmaß seiner Handlungsweise aufmerksam, ersuchte ihn wiederholt die Wohnung zu verlassen, widrigenfalls er ihn sofort verhaften lassen werde. Götzen erklärte, er werde unter allen Umständen seinen Auftrag ausführen. Müller wehrte sich an und ließ unauffällig die Sicherheitswache herbeirufen. Als diese plötzlich erschien, wurde Götzen verhaftet und dem Gemeindevorstand zugeführt. Auf telefonischen Anruf erklärte Staatsanwalt Weichmann, er habe die Verhaftung Richard Müllers nicht angeordnet und ersuche um die sofortige Freilassung des Götzen, auch ersuche er Herrn Richard Müller, sofort mitzukommen. Vor dem Staatsanwalt wurde folgendes festgestellt:

Nach anfänglichem Weigern gelang Götzen ein, am Abend zuvor, um neun Uhr, den 14-jährigen Sohn, als derselbe nach Hause kam, selbigen, nach dem Auto gebracht und in die Alexanderkaserne-Ost eingeliefert zu haben. Dort befände sich derselbe jetzt noch. Nachträglich stellte sich heraus, daß man den noch schulpflichtigen Knaben zuerst nach dem früheren Kronprinzen-Palais gebracht hatte. Nachts zwölf Uhr schleppte man den Knaben nach der Alexanderkaserne-Ost und brachte ihn in der Wachtstube der Soldaten unter. Hier mußte der Knabe ohne Schlaflegenheit und ohne Nahrung bis zum anderen Vormittag elf Uhr zubringen. Nachdem er energisch etwas zu essen verlangte, stellte man ihm ein Mittagessen in Aussicht. Er wurde dann von zwei bewaffneten Soldaten nach der Kommandantur am Ankergraben gebracht; dort ruhte man nicht, was man mit dem Knaben anfangen sollte und schickte ihn wieder in Begleitung der beiden bewaffneten Soldaten nach der Alexanderkaserne zurück. Staatsanwalt Weichmann hatte mittlerweile seine sofortige Freilassung erwirkt.

Vor der Staatsanwaltschaft wurde dann weiter festgestellt, daß Knaben angeblich belastendes Material gegen Richard Müller geliefert habe. Das Material war gefälscht. Staatsanwalt Weichmann hatte wiederholt dem Götzen, als er dieses Material brachte, gesagt, er dürfe unter keinen Umständen Richard Müller verhaften. Auf Befragen, warum er entgegen diesem ausdrücklichen Befehl die Verhaftung verübt habe, erklärte Götzen, er habe den Auftrag von der Regierung erhalten. Es wurde nun verlangt, er solle seinen Auftraggeber nennen bezeichnen. Götzen erklärte, daß dieser er nicht. Nachdem ihm die schweren Folgen seiner Handlung vor Augen geführt wurden, erklärte er den Auftrag habe ihm Hauptmann Dr. Görtner vom Großen Generalkommando erteilt. Auf telefonischen Anruf beim Großen Generalkommando erklärte Major von Stockhausen, ihm sei ein Leutnant Götzen nicht bekannt, auch stehe ein Hauptmann Dr. Görtner nicht im Dienste des Großen Generalkommandos. Überhaupt habe der Große Generalkommando mit dieser Verhaftung nichts zu tun und wolle sich in politische Dinge auch nicht einmischen. Weiter teilte Major von Stockhausen mit, im Gebäude des Großen Generalkommandos, Zimmer 124, befindet sich aber eine Organisation, die sich Politisch-Parlamentarische Nachrichtenstelle der Regierung nenne; diese werde von einem Dr. Görtner geleitet. Götzen erklärte nunmehr, daß er seinen Befehl, Müller zu verhaften, von diesem Dr. Görtner erhalten habe. Es wurde nunmehr bei Dr. Görtner telefonisch angefragt. Dieser erklärte, daß er mit der ganzen Sache nichts zu tun habe und er könne den Götzen überhaupt nicht. Götzen erklärte hierzu entrüstet, er werde unter Zeugen beweisen, daß Dr. Görtner ihm jeden Nachmittag in einem Restaurant seine Befehle erteilt habe. Den Befehl, Müller unter allen Umständen zu verhaften, habe er gestern nachmittags von Dr. Görtner erhalten.

Götzen wurde sofort in Haft genommen. Auch dieser Dr. Görtner, der diesen Namen als Pseudonym führt, aber in der Reichsanstalt sehr wohl bekannt ist und auf dessen Befehl außer Götzen noch andere zweifelhafteste Personen ähnliche Aufträge ausführen, bereits verhaftet ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Eoweit der Tatsachenbestand, aus dem unabweislich hervorgeht, daß in nächster Nähe der Regierung und unter ihrem Schutze eine geheime Organisation tätig ist, die schrittweise haust als die berüchtigte Petersburger „Ch. ana“, die Spionageorganisation der zarischen Geheimpolizei. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die aufgedeckten Fäden, die zum Großen Generalkommando und zur Reichsanstalt hinführen, weiter verfolgt werden. Die Regierung hat die Pflicht, sich zu der Angelegenheit, durch die sie auf das schrecklichste bloßgestellt ist, schleunigst zu äußern.

Zur Gemeindevahl.

In § 8 Absatz 2 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1919 — S. 13 — der preussischen Gesetzsammlung, ist bestimmt, daß bei der erstmaligen Wahl die Wahlberechtigten zur preussischen Landesversammlung angewandt sind. Diese Bestimmung ist vielfach

dahin ausgelegt worden, daß die Wähler auch bei der Gemeindevahl das Recht hätten, beim Verzuge aus einer Gemeinde in die andere oder beim Neu- oder Wiedereinzug in eine Gemeinde sich noch nachträglich in die Wählerliste einzutragen zu lassen. Diese Auffassung ist unzutreffend. Naheliegt ist der Stand der Wählerliste zur Zeit der Wahl zur preussischen Landesversammlung, nachträglich in die Wählerliste zur preussischen Landesversammlung finden überhaupt nicht statt.

Bzgl. der Militärpersonen hat das Kriegsministerium unterm 30. Januar d. J. — 1051. I. 19. A. 1 — besondere Bestimmungen getroffen. Danach können nur diejenigen Heeresangehörigen das Wahlrecht ausüben, welche in die Wählerliste eingetragen sind, oder welche ohne Eintragung in die Wählerliste ihr Wahlrecht zur preussischen Landesversammlung auf Grund besonderer Regelung in der Gemeinde ausgeübt haben, in welcher sie sich jetzt an der Gemeindevorordneten- (Stadtvorordneten-) u. a. Wahl beteiligen wollen.

Groß-Berlin.

Der Moskische Schieberlah vor der Stadtverordnetenversammlung.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten hatte in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, den Magistrat aufzufordern, die Aufhebung des Moskischen Schieberlahs herbeizuführen. In der Beratung dieses Antrages kam eine deutliche Uebereinstimmung sämtlicher bürgerlichen und mehrheitssozialistischer Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck, die von unserer Seite mit dem richtigen Ausdruck gekennzeichnet wurde — eine reaktionäre Klasse. Der Schieberlah geht über die Bestimmungen des alten Regimes weit hinaus und begründet eine Sabelstatur schlimmster Art. Dem liberalen Herrn Sonnensfeld war es vorbehalten, den Moskischen Schieberlah als Mindestleistung der Regierung zu bezeichnen. Demnach wird sich die Regierung beugen müssen, aus Rücksicht auf die bürgerlichen Kreise, noch härtere Bestimmungen, wenn solche überhaupt noch möglich sind, über den Waffengebrauch des Militärs zu treffen. Unser Antrag erhielt nur die Zustimmung unserer Fraktion. Die Mehrheitssozialisten, Arm in Arm mit sämtlichen Liberalen, stimmten unseren Antrag nieder. Die Bürgerchaft wird bei den bevorstehenden Gemeindevahlen die richtige Antwort zu geben wissen.

Ein Groß-Berlin.

Der Bürgerentscheid Groß-Berlin hat dem Ministerium des Innern einen aufgearbeiteten Gesetzentwurf für die Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindevorstellung überreicht. Dieser Entwurf dürfte bei der Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindevorhältnisse eine bestimmende Rolle spielen. Der Verband Groß-Berlin soll aufhören zu bestehen. Das Verbandsgesetz mit 170000 Mitgliedern soll die Gesamtgemeinde Groß-Berlin bilden. Diese soll einen Teil der Schulden und Verpflichtungen der Kreise übernehmen und dafür die Kreisunternehmungen und -Anstalten erhalten. Die einzelnen Gemeinden bleiben bestehen, sie behalten ihre Verfassungen mit der Maßgabe, daß Gemeinden mit 20000 Einwohnern die Städteordnung annehmen können. Die Einzelgemeinden behalten ihren Wirkungsbereich, soweit er nicht auf die Gesamtgemeinde übergeht. Diese hat das Recht, alle Gemeindeaufgaben an sich zu ziehen, deren Verwirklichung im Gemeinwohlinteresse liegt. Dazu gehören: Das Zielungs- und Wohnungs-Verwaltungswesen, die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, die Entwässerung, der Verkehr u. dgl. Die Gesamtgemeinde soll als Stadtgemeinde im Sinne der Städteordnung gelten, aber seinem Regierungsbezirk angehören. An Stelle der Magistratsrat soll ein Senat aus 12 Personen bestellt werden mit einer Bürgerchaft von 150 Mitgliedern.

Auch in Neutölln beschäftigte sich eine zu diesem Zweck gewählte Kommission, bestehend aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten, mit der Lösung des Problems Groß-Berlin. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß unter den gegebenen Verhältnissen die vorläufigste Lösung die Schaffung einer neuen Einzelgemeinde Groß-Berlin bedeuten würde, in der sämtliche Einzelgemeinden aufzugehen haben. Gestützt wurde, daß die Regierung die Groß-Berliner Frage nicht mit der gebotenen Schnelligkeit behandelte. Es wurde gefordert, daß insbesondere aus finanziellen Gründen die Neuordnung der Verhältnisse so beschleunigt werden müsse, daß schon zum 1. April d. J. eine einzige große Gemeinde mit einheitlicher Verwaltung vorhanden ist. Gleichzeitig müßte die Verwaltungsübertragung der einzelnen Bezirke dieser Gemeinde genau festgelegt werden.

Die Bürgerlichen einigen sich.

In mehreren Vorortgemeinden ist eine Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien für die am 23. Februar stattfindenden Wahlen zur Gemeindevorstellung erfolgt. Wo man sich noch nicht auf eine gemeinsame Kandidatenliste geeinigt hat, steht eine solche Einigung bevor, um dem Ansturm der Sozialdemokraten entgegenzutreten.

Die Juden in Neutölln.

Das Auftreten der schwarzen Juden hat die Neutöllner Polizei zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Vor einigen Tagen wurde ein Extranotungsfall festgestellt. Seitdem haben sich nun die schwarzen Juden in der Nachbarschaft weiter verbreitet. Sie sind jetzt in den Häusern Weichselstraße 53, Weichselplatz 2, Weichselstraße 130, Teichstraße 9, Friedelstraße 37 und Teichstraße 8 festgestellt worden. Die Verbreitung veranlaßt den Neutöllner Polizeipräsidenten zu einer Bekanntmachung, die zunächst über das Fortschreiten der Krankheit berichtet. Sie erinnert dann an die Angelegenheiten, die ersten Erscheinungen der Krankheit und weist endlich auf die Verhaltungsmaßregeln hin. Zu beachten ist besonders, daß nicht nur die schwarzen Juden, sondern auch jeder Fall von Windpocken sofort anzugehen ist. Auch diese gehören zu einer Zeit, wo die schwarzen Juden auftreten, zu den ansteckenden Krankheiten, die angezeigt werden müssen.

Lichtbildvorträge für Erwerbslose und Arbeiter.

Freitag, den 7. Februar: Im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34/36, Dr. Armborst über: Aus dem Leben der Bienen. (1. Vortrag: Bienenstock und Bienenkunde.) — Im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 16, Dr. Ulbrich über: Nahrungsmittel der heimischen Pflanzen für den Haushalt. (1. Vortrag: Kaffee-, Tee- und Tabakpflanzen.)

Revolutionsoffener. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Zentralfriedhof in Friedrichshagen die Beerdigung der in den Krankenhäusern ihren Verletzungen erlegenen Genossen Johanna Kuppel, Heinrich Wobler und Ernst Wolff statt. — Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen, um so den für ihre Ueberzeugung Gefallenen die letzte Ehre zu erweisen.

Das Kriegsheiligtums- und Blumen-Konzert in den Prachtgärten des Westens mußte vom 10. auf den 17. Februar verschoben werden. Karten behalten Gültigkeit.

Ein Opfer der Gaspest ist der 44 Jahre alte Kaufmann Alfred Schwarz aus der Stallschloßstraße 15 geworden, der

